

Entwicklung des Luftverkehrs

Es ist absolut richtig, dass der Flughafen Zürich ein entscheidender Faktor für den Wirtschaftsraum Zürich und damit für Wertschöpfung und Wohlstand ist. Das Argument von Flughafengegnern, dass man das gleiche Wohlstandsniveau auch ohne Interkontinentalflughafen halten könnte, ist in der Tat naiv. Umso mehr ist der Gastkommentar von Thomas O. Koller vom Komitee Weltoffenes Zürich (NZZ 8.3.18) eine Enttäuschung. Koller bringt statisch-stoisch die gleichen, auswendig gelernten Punkte. Dabei müssten vielmehr gute Argumente bereit sein, wenn etwaige Flughafenkritiker intelligenter werden und drei neue Fragen stellen könnten: erstens die Tatsache, dass in vielen Think-Tanks und Workshops bereits längst Post-Hub-Flughäfen angedacht werden. Der Einsatz von ultraeffizienten Langstreckenmaschinen wie Boeing 787 oder Airbus A350 macht nun Langstreckenverbindungen auf Sekundär- oder gar Tertiärstrecken wirtschaftlich – wie es etwa Norwegian oder neu Level vor-machen.

Zweitens könnten intelligente Kritiker Beispiele wie Boston nennen: eine Stadtregion die in puncto Einwohnerzahl, Wirtschaftsstruktur und Lage (umgeben von grossen Hubs) Zürich sehr ähnlich ist und trotz fehlender Hub-Funktion exzellente Langstreckenverbindungen hat – notabene zu günstigen Preisen, da ohne Hub-Funktion mehr Wettbewerb herrscht. Die Wirtschaftsdynamik Bostons lockt die Airlines. Drittens könnte die Frage gestellt werden, ob die zukünftigen Industrien der Schweiz inklusive des gewünschten jungen, innovativen und unternehmerischen Tech-Sektors wirklich die fünf oder sechs täglichen New-York-Flüge in Businessclass nachfragen werden oder ob im Sinne der Wirtschaftsstandort-Unterstützung der Flughafen strategisch nicht andere Destinationen (US-Westküste, Shenzhen, Bangalore, Austin usw.) erschliessen und Premium-economy-Point-to-Point-Airlines wie Norwegian und andere anlocken müsste, statt zuzusehen, wie sich der Home-Carrier in perfekter Monopolistenmanier mit wirtschaftsstandortlich irrelevanten Destinationen wie Punta Cana, Buenos Aires oder Bordeaux breitmacht. Das Komitee Weltoffenes Zürich muss besser werden.

Thomas Sevcik, Rüschiikon

möchte jeder jeden Tag hinfliegen können, wohin er hinfliegen möchte. Wenn das aber nicht geht, dann fliegt er halt dann, wenn er kann. Das habe ich dreissig Jahre lang erfolgreich getan.

Urs Keel, Au

Fluglobbyist und PR-Berater Koller hat eloquent dargelegt, weshalb ein Hub nur überlebe, wenn er wachse. Die Wachstumsraten betragen 2017 bei den Passagieren 6 Prozent und bei der Luftfracht um 13 Prozent, wenn man Zürich betrachtet. Damit verdoppelt sich das Passagieraufkommen alle elf Jahre und das Frachtvolumen gar alle sechs Jahre. Propagandisten sagen, die Flugzeuge würden ja auch immer grösser und die Auslastung besser. Stimmt. Wäre dem nicht so, könnten solche Wachstumsraten schon heute nicht mehr bewältigt werden, und Thomas O. Koller müsste sich für vorerst eine und dann mehrere neue Pisten einsetzen. Sobald seine Hub-Strategie greift, wird er dies dann auch tun. Und wo soll das gebaut werden?

Fakt ist, dass die Luftfahrt schon heute 18 Prozent der Treibhauswirkung der Schweiz ausmacht. Gemäss offiziellen Prognosen soll sich bis 2030 der CO₂-Ausstoss verdoppeln, während alle anderen Sektoren drastische Reduktionen aufweisen müssen. Damit würde die Luftfahrt das gesamte Emissionsbudget verschlingen, das die Schweiz gemäss den Zielen des Pariser Klimaabkommens 2030 noch haben wird. Fliegen ist heute so billig, dass wir ab Schweiz pro Kopf doppelt so viele Flugpassagiere haben wie unsere Nachbarländer. Statt mit Sonntagsreden die Physik bezwingen zu wollen, brauchen wir Kostenwahrheit in der Luftfahrt. Die Klimaschutzkosten sollen in die Flugticketpreise eingerechnet werden. Der Anteil Geschäftsflugreisende liegt unter 20 Prozent und nimmt weiter ab. Auch weil gute Chefs die Vollkosten des Fliegens samt negativen Auswirkungen auf Leistungsfähigkeit und Gesundheit und die Vorzüge von Videokonferenzen kennen. Wer behauptet, dass ohne ständig wachsenden Hub in Zürich die Anziehungskraft von Zürich zusammenbrechen soll, ignoriert die Physik und den Fakt, dass es in Mitteleuropa viele erfolgreiche Wirtschaftsstandorte ohne Hub gibt. Und vor allem: Er reduziert die Standortvorteile von Zürich auf die Zahl von Direktverbindungen, ohne deren negativen Einfluss auf andere Standortfaktoren wie gesundheitsschädigende Lärmbelastung zu berücksichtigen.

Patrick Hofstetter, WWF Schweiz

sonnen kopierende Journalisten sollten ein bisschen mehr auf die gesunde Logik setzen.

Hanspeter Bornhauser, Bottmingen

Gegen starre Gymnasiumsquoten

Im Zusammenhang mit der Debatte um Studiengebühren hat Hansueli Schöchli den wachsenden Anteil an Akademikern kritisiert, die ihre Kinder vor allem aus Prestige Gründen ans Gymnasium oder an die Universität drängen wollten (NZZ 13.3.18). Das duale Bildungssystem ist zweifellos eine gute Errungenschaft. Zunehmend aber läuft die Bildungsdebatte Gefahr, nur noch die gymnasiale Ausbildung gegen eine Lehre auszuspielen. Als politische Folge gipfelt dies insbesondere im Kanton Zürich in Gymiprüfungen über Stoff, der nicht behandelt worden war, und einer Begrenzung der Erfolgsquote auf 20 Prozent. Jugendliche von Eltern, die sie nicht an Abenden und Sonntagen unterstützen oder sich keine Zusatzkurse leisten können, werden in eine Lehre gedrängt, wobei über 20 Prozent diese wieder abbrechen.

Das Ausbildungsniveau ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Deshalb erscheint es fragwürdig, eine starre Quote für den Eintritt in Gymnasien vorzugeben und dazu im Grundsatz fähigen Jugendlichen aus politischen Gründen einen auch sinnvollen Ausbildungsweg zu verwehren. Das Grundproblem der schweizerischen Schulen besteht in einer stark wachsenden Tendenz, Kinder und Jugendliche zu behindern anstatt zu fördern – nicht nur bei Aufnahmeprüfungen, auch im Unterricht. Als Vater von vier Kindern stelle ich fest, dass am Ende der Primarschule beispielsweise Deutsch nicht ohne grobe Fehler beherrscht wird (von mathematischen Grundsätzen wie dem Dreisatz oder mehr als «Hello» aus dem Frühenglisch nicht zu reden). Ungenügende Lehrmittel, eine unsägliche Zettelwirtschaft zum Lehrstoff, aufgrund von zu hoher Administration und zu grossen Klassen nicht fokussiertes Lehrpersonal und damit verbunden die Gestaltung eines motivierenden und fördernden Unterrichts wären sinnvolle Themen für eine Bildungsdebatte. Deshalb stört mich die ständige Leier über Akademikereltern, die ihre Kinder ans Gymnasium drängen wollen; Gutbetuchte, und gewiss nicht nur Akademiker, senden sie einfach in Privatschulen und kehren dem System den Rücken. Das sollte nicht das Resultat einer Bildungspolitik sein.

Thomas Hügi, Kilchberg

Gesunde Logik macht Pause

Es ist völlig absurd, anzunehmen, dass ausgerechnet der russische Geheimdienst so blöd sein soll, eine giftige Substanz einzusetzen, die bei Entdeckung zuerst direkt zu ihm als Täter führen muss. Wie die politischen Stellungnahmen in Grossbritannien und anderswo zeigen, wird – wenn überhaupt – erst später auch an eine mögliche Gift-Lagerung in anderen Staaten der früheren Sowjetunion gedacht. Zudem: Es ist davon auszugehen, dass bei Anschlägen wie in Salisbury eine minimale Tarnung angestrebt wird. Zwangsläufig würde dies zur Anwendung anderer Methoden und Gifte führen als ausgerechnet zum Einsatz eines ziemlich exklusiven Eigenerzeugnisses, das unkontrolliert auch in andere, früher befreundete Hände geraten sein könnte. Die einander fleissig nachschwätzenden Regierungen und einander ebenso unbe-

Es ist schon bedenklich, wie realitätsfremd und egoistisch unsere künftige Elite denkt. Sie protestieren gegen eine bescheidene Erhöhung der Studiengebühren und vergessen dabei ganz, was sie als Gegenleistung erhalten: mindestens 20 Lektionen pro Woche kompaktes Wissen für nur 700 Franken pro Semester. Zum Vergleich: Ein Intensivkurs für Deutsch (40 Lektionen à 1 Stunde 50 Minuten) kostet rund 500 Franken. Eine Erhöhung um 500 Franken pro Semester ist für jeden Wissbegierigen verkraftbar, sonst helfen Stipendien oder Studienlohen, das Problem zu beseitigen. In der Schweiz muss niemand aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten. Zudem bräuchte die Erhöhung den Hochschulen rund 240 Millionen Franken zusätzliche Mittel für Forschung und Lehre.

Hans Peter Häring, Wettswil

TRIBÜNE

Frauen und Selbst-Stereotypisierung

Gastkommentar

von MARGRIT OSTERLOH

Die Vorlage über die Lohngleichheit der Geschlechter und zur Pflicht zu einer regelmässigen Lohngleichheitsanalyse bei grösseren Unternehmen wurde Ende Februar vom Ständerat zurückgewiesen. Justizministerin Simonetta Sommaruga sagte vor dem Rat, dass die Frist für die Freiwilligkeit 37 Jahre nach dem Verfassungstext von 1981 zur Lohngleichheit abgelaufen sei, wenn Frauen immer noch 17 bis 20 Prozent weniger als Männer verdienen und dies nicht durch messbare Faktoren wie Ausbildung, Branche und berufliche Stellung erklärbar sei.

Das klingt nach Ursachenzuweisung an die Unternehmen, wie dies auch in der Debatte zum Ausdruck kam: Die Einkommensdifferenzen wurden entweder als Folge direkter Diskriminierung oder als indirekte, unbewusste und auf Stereotypen beruhende Diskriminierung durch die Unternehmen diskutiert. Dagegen wehrten sich die Bürgerlichen, die in der Vorlage ein allgemeines Misstrauenstimmungs-votum bezüglich der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften seitens der Arbeitgeber sahen.

Nirgends wurde erwähnt, dass die Verpflichtung zu Lohngleichheitsanalysen und deren Offenlegung gegenüber Belegschaft und Öffentlichkeit mit guten Gründen gerechtfertigt werden können, die nicht im Verhalten der Unternehmen, sondern im Verhalten der Frauen liegen. Schon seit längerem zeigen empirische Ergebnisse der psychologischen Ökonomik, dass Frauen – trotz ihrer mittlerweile vorzüglichen Ausbildung – im Durchschnitt immer noch Verhaltensweisen zeigen, die sie auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen. Dies, weil sie als Folge weiblicher Sozialisation vorherrschenden Rollenstereotypen folgen, die sie daran hindern, Marktlöhne einzufordern. Da wäre erstens die Feststellung, dass Frauen im Durchschnitt weniger und weniger hart um ihren Lohn verhandeln als Männer; nicht weil sie das nicht können, sondern weil Vorgesetzte und Kollegen Frauen nicht mögen, die solchermaßen auftreten.

Individuelle Lohntransparenz führt zu einer Vergrößerung der Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen.

Hingegen verhandeln sie gleich gut wie Männer, wenn es um die Anliegen anderer geht. Dazu passt, dass Frauen zweitens nicht gerne in den Wettbewerb mit Männern eintreten. Dies deshalb, weil sie mit Sympathieverlust rechnen müssen, wenn sie im Wettbewerb siegreich sind. Drittens überschätzen Männer viel eher als Frauen ihre Fähigkeiten, und das nicht nur beim Autofahren oder in Team-Diskussionen. Frauen halten sich in solchen Diskussionen häufig zurück, selbst wenn sie Expertinnen in ihrem Fach sind.

Daraus folgt, dass Lohnungleichheit nicht vorwiegend eine Folge von (bewusster oder unbewusster) Diskriminierung auf der Seite der Unternehmen ist, sondern ebenso eine Folge von Selbst-Diskriminierung oder negativer Selbst-Stereotypisierung aufseiten der Frauen. Daraus können sie sich selber nur sehr schwer befreien. Individuelle Lohntransparenz hilft ebenfalls nicht; sie führt gemäss empirischen Befunden sogar zu einer Vergrößerung der Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen. Hingegen könnte die in der Vorlage vorgesehene Verpflichtung zur Lohngleichheitsanalyse den Frauen eine wesentliche Hilfestellung bei der Einforderung ihrer Ansprüche bieten. Sie müssten nicht individuell um Lohngleichheit verhandeln, vielmehr hätten Unternehmen die Gelegenheit, strukturelle Lohnungleichheiten aufzudecken und zu beseitigen. Sie könnten damit gegenüber der Öffentlichkeit reputationswirksam demonstrieren, dass sie attraktive Arbeitgeber für Frauen sind. Angesichts des Fachkräftemangels und der Tatsache, dass Frauen heute mittlerweile mindestens gleich gut (wenn nicht besser) ausgebildet sind als Männer, haben Unternehmen allen Grund dafür.

Es wäre zu wünschen, dass bei einer Wiederaufnahme der Debatte auch diese Argumentation berücksichtigt würde. Sie verzichtet auf einseitige Ursachenzuweisung und würde es Unternehmen und den bürgerlichen Parteien erleichtern, die Selbstverpflichtung zu einer Lohngleichheitsanalyse auf sich zu nehmen.

Margit Osterloh ist ständige Gastprofessorin an der Universität Basel und Forschungsdirektorin bei Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts), Zürich.

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 239. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer
Stellvertreter:
Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schürer, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

International: Peter Básonyi, Andreas Rüsch, Andros Wylsing, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Nina Belz, Marie-Astrid

Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinworth, Ivo Mijnszen, Dominique Burckhardt

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Marcel Gyr, Paul Schneberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Daniel Gerny, Frank Sieber, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer
Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Valerie Zaslavski
Bundesgericht: Kathrin Alder
Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Röttli Rucka, Andrea Martel Fus, Gerald Hosp, Giorgio V. Müller, Michael Forber, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlfeher, Daniel Inwinklerlied, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller, Dominik Feldges

Feuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Thomas Ribl, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Claudia Mäder
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Walter Bernet, Stefan Hotz, Adi Kälin, Katja Baigger, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wändler, Philipp Bärtsch, Samuel Burgenner, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt, Birgit Schmid, Matthias Sander

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Katrin Schreggenberger, Raffaella Angstmann, Tobias Ochsenbein, Michael Schilliger, Kathrin Klette, Jenni Thier

Produktionsredaktion: Christoph Fisch, Caspar Hesse, Manuela Kessler, Corinne Landolt, Benno Matti, Lucie Paška, Roland Tellenbach, Stefan Reis Schweizer, Robin Schwarzenbach

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz, Reto Gratwohl

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** René Sommer. **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei. **Korrektur:** Yvonne Bettschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara Maria Manzo. **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Bernet. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV / Format:** Silvia Fleck. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwssen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Jörg Schnyder (a. i. Vorsitzender Unternehmensleitung)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, Fax +41 44 258 10 70, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 748 Fr. (12 Monate), 68 Fr. (1 Monat)

NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)

NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 800 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

Studierende: 50 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studierendenausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 3. 2018

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 113 073 Ex. (Wemf 2017)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors